

Diverses Nein-Komitee zur Neutralitätsinitiative

Bürgerliche fürchten um die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz, Linke wollen im Sinne des Völkerrechts weiterhin Sanktionen erlassen

MATTHIAS VENETZ, BERN

Geht es um die Zukunft der Neutralität, werden in der Schweiz plötzlich die unwahrscheinlichsten Koalitionen und Allianzen möglich. In ihrer Argumentation sind die Befürworter und Gegner der Neutralitätsinitiative fast so flexibel, wie die Schweiz es bisher im Umgang mit der Neutralität war.

Erst gaben die Schweizer Kommunisten und die Partei der Arbeit – ein Sammelbecken für allerlei linke Utopisten – bekannt, dass sie Christoph Blochers Kampf für die Vorlage unterstützen. Am Montag trat in Bern nun ein überparteiliches Nein-Komitee an die Öffentlichkeit. Es besteht aus Vertretern aller grossen Parteien – mit Ausnahme der SVP.

Die Schweizer Neutralität fusst auf verschiedenen rechtlichen Grundlagen. In den Haager Abkommen von 1907 wird festgehalten, dass sich ein neutraler

Neutralitätsinitiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 27. September 2026

Staat wie die Schweiz nicht an kriegerischen Handlungen beteiligen und den Kombattanten sein Territorium auch nicht zur Verfügung stellen darf. In der Bundesverfassung steht weiter, dass der Bundesrat und das Parlament Massnahmen zur Wahrung der Schweizer Neutralität ergreifen. Den Urheber der Neutralitätsinitiative ist das zu wenig.

Die Vorlage will die Neutralität erstmals explizit in der Bundesverfassung definieren. Sanktionen dürfte die Schweiz nur noch erlassen, wenn sie von den Vereinten Nationen beschlossen worden wären. Massnahmen gegen kriegführende Staaten – wie jene der EU gegen Russland – dürfte die Schweiz künftig nicht mehr übernehmen. Zudem schränkt die Neutralitätsinitiative die Möglichkeit der Schweiz, militärische Kooperationen anzustreben, ein. Möglich wären sie nur noch, wenn ein Angriff unmittelbar bevorstünde.

Flexibilität oder starres Korsett

Folgerichtig besteht die Koalition der Gegner vor allem aus Sicherheits- und Aussenpolitikern. Sie reicht von Cédric Wermuth, der als Co-Präsident der SP immer wieder mehr Sanktionen und mehr internationale Solidarität fordert, bis zum klar bürgerlichen und aussenpolitisch eher zurückhaltenden FDP-Nationalrat Heinz Theiler.

Am Montag hat die achtköpfige Spitze des Nein-Komitees im Berner Medienzentrum erst räumlich und dann



Die Gegner der Neutralitätsinitiative warten mit unterschiedlichen Argumenten auf.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

auch inhaltlich eine aussergewöhnliche Breite abgedeckt. In den vergangenen Wochen wurde im Zusammenhang mit der Neutralitätsinitiative immer wieder die Schweizer Geschichte herangezogen. So auch am Montag.

Die GLP-Nationalrätin Corina Gredig sagte, die Schweiz habe sich schon in der Zwischenkriegszeit an wirtschaftlichen Sanktionen beteiligt und sie später wieder fallenlassen. Sie habe im Kosovo-Krieg einzelne Sanktionen der EU übernommen, sich aber nicht am Erdöl-embargo gegen Jugoslawien beteiligt. Nach der Annexion der Krim, so Gredig weiter, habe die Schweiz zuerst keine Sanktionen erlassen, nach dem grossflächigen Angriff Russlands auf die Ukraine die Lage aber neu beurteilt. Diese «Fähigkeit, die Neutralität an neue Entwicklungen anzupassen», habe sich bewährt.

Für Gredig geht es bei der kommenden Abstimmung nicht um die Frage, ob die Schweiz weiterhin neutral ist. Sondern um die Frage, ob das Land sich seine aussenpolitische Handlungsfähigkeit bewahrt oder sich in ein «starres Neutralitätskorsett» zwingen lässt. Was Gredig nicht sagte: Oft waren die erwähnten Anpassungen nötig, weil der

Druck aus dem Ausland grösser war als das Stehvermögen der Schweiz.

Flexibel waren Teile des Komitees auch in rhetorischer Hinsicht. So lobten Gredig und weitere Mitglieder gleich mehrfach, dass die Schweiz die Kontinuität bisher immer pragmatisch angewandt habe. Wenige Minuten später

Ciao, ciao, Sonderfall

Kommentar auf Seite 19

warnte die Freiburger Mitte-Nationalrätin Isabelle Chappuis davor, dass man gemäss der Initiative «die Neutralität von gestern» in der Bundesverfassung verankern würde.

Die Urheber der Initiative betonten jüngst immer wieder, dass die Neutralität die Schweiz davor schütze, in fremde Kriege hineingezogen zu werden. Die Friedenstaube und der Slogan «Kein Krieg» sind inzwischen an allen grossen Bahnhöfen des Landes zu sehen.

Mit der Luzerner Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger und dem

Schwyzer FDP-Nationalrat Heinz Theiler gehören auch zwei bekannte Sicherheitspolitiker dem Komitee an. Sie versuchten den Pazifismus der Befürworter mit einer feuilletonistischen und sicherheitspolitischen Analyse zu kontern.

Kooperation erst bei Angriff?

So sagte Gmür-Schönenberger, die Friedenstaube sei zwar ein eingängiges Signet, das hier allerdings völlig irrtümlich verwendet werde. Die Initiative bewahre die Schweiz keineswegs vor Verwicklungen in Kriege, sondern schränke die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Partnern der Schweiz massiv ein. Theiler erklärte: «Schon heute wäre die Schweiz beispielsweise bei der Abwehr einer Rakete auf die Unterstützung umliegender Länder angewiesen.» Die Initiative ermögliche Kooperation aber erst, wenn ein unmittelbarer Angriff bevorstehe, doch dann sei es zu spät dafür. Das Land brauche deshalb keine Abschottung, sondern «zielgerichtete Übungen», um für mögliche Angriffe zu trainieren.

Einen anderen Fokus wählte daraufhin der SP-Co-Präsident Wermuth. Als

Sozialdemokrat konzentrierte er sich wenig überraschend auf die internationale Tragweite der Initiative und sagte, wie effektiv Sanktionen seien, hänge natürlich nicht allein von der Schweiz ab. Damit diese wirken könnten, müssten möglichst viele Staaten mitmachen. Anders als Gredig will Wermuth also nicht mehr Pragmatismus, sondern mehr Sanktionen im Sinne des Völkerrechts.

Erst im Frühling kritisierte Wermuth im SRF-Format «Arena», dass die Schweiz bisweilen eine «Geldsack-Neutralität» pflege und die USA schon anstatt Verstösse gegen das Völkerrecht konsequent zu kritisieren. Nachdem er

Oft waren Anpassungen des Konzepts nötig, weil der Druck aus dem Ausland grösser war als das Stehvermögen der Schweiz.

im Frühling für seine Aussage zur «Geldsack-Neutralität» aber auch von jenen Bürgerlichen kritisiert worden war, die nun gemeinsam mit ihm kämpfen, konzentrierte er sich am Montag auf das russische Regime.

Die Neutralitätsinitiative, so Wermuth, sei ein Geschenk für Staaten, die schwerste Völkerrechtsverstösse begingen und andere Länder militärisch angriffen, wie beispielsweise Russland. In den vergangenen Tagen mischten sich dessen Exponenten mehrfach in den Abstimmungskampf ein. Allzu erfolgreich waren sie damit allerdings nicht, da sie selbst innerhalb der SVP Kritik auslösten. Das weiss auch Wermuth, und so bezeichnete er die Neutralitätsinitiative einmal mehr als «Pro-Putin-Initiative».

Angesprochen auf die unterschiedlichen Neutralitätsauffassungen innerhalb des Komitees, sagte Wermuth: «Die Schönheit der schweizerischen Definition von Neutralität ist genau, dass wir sie immer wieder neu aushandeln müssen.» Die SP würde die Neutralität «in gewissen Situationen» zwar gern als «offensivere Politik für das Völkerrecht» interpretieren, doch die Initiative würde dieses Aushandeln verunmöglichen und die Spielräume beschränken.

Damit die neutralitätspolitischen Spielräume auch argumentativ für den Rest des Abstimmungskampfs gewahrt bleiben, lancieren SP und Grüne soeben noch eine eigene Nein-Kampagne.

Sorge wegen russischer Einflussnahme wächst

Kurz vor der Abstimmung im September drängt die Sicherheitspolitische Kommission auf mehr Möglichkeiten zur Abwehr

DANIEL GERNY

Wie unverblümt Russland Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung über die Neutralitätsinitiative nehmen will, zeigte sich letzte Woche: Via den Kurznachrichtendienst Telegram erneuerte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen auswärtigen Amtes, den Vorwurf des Kremls, wonach die Schweiz kein neutrales Land mehr sei. Sie warb offen für die Neutralitätsinitiative, über die im September abgestimmt wird. Russland hat an der Annahme ein direktes Interesse: Die Initiative verbietet unter anderem Sanktionen, wie sie die Schweiz seit dem Angriff auf die Ukraine mitträgt.

Seit Jahren betreibe Russland Desinformation und Propaganda, bekräftigt der Bundesrat diese Woche in einer Antwort auf einen Vorstoss zu dem Thema. Konkret ging es dabei um die Frage, ob sich Russland auch in die Abstimmung über die 10-Millionen-Schweiz im Juni eingemischt habe. Tatsächlich fanden

sich zu diesem Thema irreführende Inhalte, beispielsweise auf der Website von «RTDE», das früher als «Russia Today» bekannt war. Die Migrationspolitik ist laut dem Bundesrat eines der Themen, das die russische Propaganda seit geraumer Zeit bearbeitet.

Mittel reichten nicht aus

Zwar habe der Bund im Vorfeld der Abstimmung keine Zunahme von Desinformation feststellen können, heisst es in der Antwort der Regierung auf die Interpellation der Zürcher SP-Nationalrätin Michèle Dünki-Bättig. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass es keine solchen Versuche gegeben hat. Es seien vereinzelte Beiträge registriert worden, welche als staatliche Beeinflussungsaktivität einzustufen seien, so der Bundesrat. Deren Mitteleinsatz «reichte sehr wahrscheinlich jedoch nicht aus, um das Abstimmungsergebnis beeinflussen zu können». Ob dies im Falle eines knapperen Ausgangs der Abstimmung

möglichlicherweise anders gewesen wäre, lässt er offen.

Versuche zur Beeinflussung der Meinungsbildung durch Russland, aber auch durch China und Iran, werden schon seit Jahren beobachtet. So erwähnt ein Bericht des Bundesrates von 2024 eine manipulierte Fotomontage, die kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Zusammenhang mit der dadurch ausgelösten Energiekrise in den sozialen Netzwerken kursierte. Sie zeigt ein angebliches Plakat des Bundes, das eine Belohnung für das Denunzieren von Nachbarn versprach, die ihre Wohnungen stark heizten. Die Montage verbreitete sich auch dank Bots und Fake-Profilen im russischen Einflussbereich rasend schnell.

Laut dem Bericht des Bundesrates ist eines der Hauptziele von Desinformation, die Bevölkerung zu verunsichern, das Vertrauen in staatliche Institutionen und Behörden sowie in die Medien zu schwächen und die gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben.

ben. Die direkte Demokratie mit ihren häufigen Abstimmungen trage zwar zur Resilienz in Bezug auf Desinformation bei. Russische Beeinflussungsaktivitäten dürften sich allerdings intensivieren, wenn Volksabstimmungen von besonderer Bedeutung für Russlands Interessen seien, heisst es in dem Bericht. Dazu gehörten unter anderem Debatten über die Neutralität.

Manipulative Beiträge

Im Bundeshaus steigt deshalb die Nervosität: So kursieren in den einschlägigen Kanälen auf Telegram kurz vor der Abstimmung über die Neutralitätsinitiative verschiedene manipulative Beiträge. Beispielsweise über eine Drohne aus der Schweiz, die angeblich russische Kinder getötet habe. Solche Berichte sind falsch. Der Ursprung ist auch hier ein Artikel von «RTDE».

Auch ausserhalb der digitalen Welt sind russische Positionen stark präsent. Aufschlussreich ist etwa die Rednerliste

einer Pro-Neutralitätsinitiative-Veranstaltung von Ende August auf dem Bundesplatz. Auch wenn dahinter kein staatlicher Akteur steckt: Verschiedene Referenten haben Verbindungen zu Russland oder sind in russischen Medien mit prorrussischen Positionen aufgetreten – etwa ein umstrittener Schweizer Ex-Offizier, dem seit Jahren Russlandnähe vorgeworfen wird und der immer wieder russlandfreundliche Positionen vertritt.

Auch die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates zeigte sich diese Woche besorgt über die stetige Zunahme von Versuchen ausländischer Akteure, «mit Desinformation die öffentliche Debatte und die demokratischen Prozesse in der Schweiz zu beeinflussen». Sie beantragt deshalb die Zustimmung zu einer Motion, mit der der Bundesrat beauftragt werden soll, die Fähigkeit des Bundes zur Erkennung, Analyse und Prävention ausländischer Einmischung nachhaltig zu stärken. Schon im Juni hatte der Nationalrat einen ähnlichen Vorstoss gutgeheissen.